



Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie e.V. (DGEpi)
Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie e.V. (GMDS)
Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention e.V. (DGSMP)
Deutsche Region der Internationalen Biometrischen Gesellschaft (IBS-DR)

An die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel
An die Bundesministerin für Gesundheit, Frau Ulla Schmidt
An die Ministerpräsidenten der Länder

Hannover / Bonn / Magdeburg, 15. Dezember 2006

- offener Brief -

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrte Ministerpräsidenten,

Mit Sorge betrachten die Epidemiologen, die Sozialmediziner und die Biometriker in Deutschland, vertreten durch die Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie (DGEpi), die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie (GMDS), die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP) und die deutsche Region der Internationalen Biometrischen Gesellschaft die derzeitige Diskussion um das Nichtraucherschutzgesetz. Das Ziel eines umfassenden und effektiven Nichtraucherschutzes in Deutschland kann nicht erreicht werden, wenn immer wieder Verzögerungen und Unklarheiten über gesundheitspolitische Zuständigkeiten auftreten, die wirksame und einheitliche Regelungen auszuhebeln drohen. Als Gesellschaften, die sich mit den gesundheitlichen Folgen von Aktiv- und Passivrauchen für die Bevölkerung befassen, möchten wir Sie dringend auffordern, eine zügige, einheitliche, verständliche und weit reichende Regelung zum Nichtraucherschutz herbeizuführen.

Rauchen ist der zentrale gesundheitliche Risikofaktor in Deutschland. Lungenkrebs und andere Krebserkrankungen, Herz-Kreislaufkrankungen, Atemwegserkrankungen werden durch das Rauchen verursacht. Eine fast unübersehbare Vielzahl anderer Erkrankungen ist ebenfalls mit dem Rauchen verbunden. Unumstritten ist auch der von Passivrauchen ausgehende Gesundheitsschaden, der jährlich nach Schätzungen von Mitgliedern unserer Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Krebsforschungszentrum etwa dreitausend Todesopfer allein in Deutschland fordert. Trotz der umfassenden Kenntnis über negative Folgen des Rauchens liegen die Raucherquoten in Deutschland jedoch unverändert hoch.

Deutschland hat sich mit der Ratifizierung des weltweiten Rahmenabkommens zur Tabakkontrolle explizit zur Umsetzung des Schutzes vor Passivrauchen verpflichtet. Aus Ländern wie Italien und Irland liegen mittlerweile überzeugende Beispiele für den Erfolg umfassender gesetzlicher Regelungen vor. Unsere Fachgesellschaften unterstützen daher ein Gesetz, das das Rauchen nicht nur in öffentlichen Räumen, sondern ebenfalls in Gaststätten, Kneipen, Discotheken etc. untersagt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. H. Becher

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für
Epidemiologie (DGEpi) e.V.

gez. Dr. I. Zöllner

Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für
Medizinische Informatik, Biometrie und
Epidemiologie (GMDS) e.V.

gez. Prof. Dr. B.-P. Robra

Präsident der Deutschen Gesellschaft für
Sozialmedizin und Prävention (DGSMP)
e.V.

gez. Prof. Dr. A. Ziegler

Präsident der Deutschen Region der
Internationalen Biometrischen Gesellschaft
(IBS-DR)

Kontaktadresse für die Unterzeichner:

Prof. Dr. Heiko Becher
Universitätsklinikum Heidelberg
Hygiene-Institut
Im Neuenheimer Feld 324
69120 Heidelberg
tel: 06221 565031
fax 06221 565948
email: heiko.becher@urz.uni-heidelberg.de